

V0195/25

**Schulstraßen in Ingolstadt**

**-Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 01.04.2025-**

**Antrag:**

in anderen Bundesländern und außerhalb Deutschlands gibt es sie bereits, Österreich hat schon 2022 hierfür seine Straßenverkehrsordnung geändert. Kürzlich nun hat der Mobilitätsausschuss der Landeshauptstadt München am 19.03.2025 ebenso die Einrichtung von Schulstraßen beschlossen. Ab dem ersten Quartal 2026 sollen im unmittelbaren Zufahrtbereich zu voraussichtlich zwei Grundschulen sogenannte Schulstraßen eingerichtet werden. Vor diesem Hintergrund stellt die Stadtratsfraktion von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN folgenden

**Antrag:**

Die Stadt Ingolstadt prüft die baldmöglichste, ggf. auch nur testweise Einrichtung von Schulstraßen im Umfeld von Grundschulen im Stadtgebiet von Ingolstadt.

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit	15.10.2025	Entscheidung
--	------------	--------------

**Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit vom 15.10.2025**

*Der Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN V0195/25 und der Antrag der Verwaltung V0557/25 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.*

Stadträtin Leininger erklärt den Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

Frau Wittmann-Brand stimmt ihrer Vorrednerin zu, dass am frühen Morgen alle Schüler gleichzeitig kämen, während sich die Situation mittags durch unterschiedliche Unterrichtszeiten und Ganztagsbetreuung entzerren könne. Daher werde vorgeschlagen, die temporäre Sperrung probeweise auf die halbe Stunde vor Unterrichtsbeginn zu begrenzen. Sollte ein anderer Wunsch bestehen, müsse entsprechend abgestimmt werden.

Stadträtin Leininger fragt, ob es einen eklatanten Unterschied zwischen der Verkehrs- und Sicherheitssituation am Morgen und am Mittag gebe, der das vorgeschlagene Modell der zeitlich begrenzten Schulstraße rechtfertige.

Die Situation sei vor Ort begutachtet und Rücksprache mit der Polizei gehalten worden, teilt Herr Schäpe an seine Vorrednerin mit. Es habe bislang keine Schulwegunfälle direkt vor der Schule gegeben; etwaige Unfälle hätten sich auf dem Schulweg ereignet. Maßnahmen zur Verkehrssicherheit seien daher zwar sinnvoll, könnten die Sicherheit vor Ort jedoch nicht weiter verbessern. Man befinde sich noch im ersten Schritt und habe Kontakt zu den Anwohnern aufgenommen, die während der geplanten Sperrzeiten weder aus noch in ihre Garagen fahren könnten. Eine direkte Befragung der Anwohner habe noch nicht stattgefunden, sei aber gewünscht. Die Umsetzung solle nur erfolgen, wenn alle Beteiligten

zustimmen würden. Es werde auf Erfahrungen aus München verwiesen, wo ähnliche Schulwegmaßnahmen zeitnah umgesetzt würden. Dabei zeige sich, dass eine reine Beschilderung – etwa mit einem Einfahrtsverbot zwischen 7:30 und 8:00 Uhr – ohne Kontrolle durch die Polizei nicht ausreiche. Man wolle daher zunächst Erfahrungen sammeln. Die Sitzungsvorlage sei als offener Prüfauftrag zu verstehen. Eine Umsetzung sei nicht beschlossen, sondern werde nur dann erfolgen, wenn die Erfahrungen – insbesondere aus München – positiv seien und die betroffenen Anwohner zustimmten.

Oberbürgermeister Dr. Kern möchte wissen, ob zu einem späteren Zeitpunkt eine aktuelle Information über den Fortgang des Projekts erfolgen werde. Man befinde sich derzeit noch in einem sehr frühen Stadium. Es handle sich bislang um eine allgemeine Willensbekundung, wobei verschiedene Aspekte berücksichtigt werden müssten.

Stadtrat Achhammer teilt mit, dass die CSU-Stadtratsfraktion für die Überprüfung stimme. Verkehrssituationen – wie am Oberen Graben – könnten sich als schwierig erweisen, weswegen eine genaue Vor-Ort-Betrachtung notwendig sei. Dabei müssten sowohl die Anwohner als auch der Bezirksausschuss eingebunden werden. Fehlende Kontrolle sei problematisch, da sich Eltern in solchen Fällen nicht an Regelungen hielten. Als Beispiel sei die Maria-Luise-Fleißer-Schule genannt worden, bei der Eltern mit ihren Fahrzeugen über Geh- und Radwege bis direkt vor die Schultür fahren würden. Eine Kontrolle sei deswegen dringend zu empfehlen. An Stadträtin Leininger meint er, dass sich die Verkehrsströme mittags deutlich entzerren würden. Deshalb würde eine Sperrung zur Morgenstunde vor dem Unterricht seiner Meinung nach ausreichen.

Stadtrat Deiser betont, dass die Überwachung entscheidend sei. Schilder allein reichten nicht aus, solange keine Kontrolle erfolge. Dies zeige sich auch an der Grundschule Auf der Schanz, wo trotz verkehrlicher Maßnahmen weiterhin Schülerverkehre und Elternfahrzeuge unkontrolliert in Grünanlagen parkten. Solange keine Überwachung stattfinde, funktioniere das Konzept nicht.

Frau Wittmann-Brand schlägt vor die Ziffer 2 des Antrags der Verwaltung in den Satz „Die Verwaltung wird beauftragt, an zwei Grundschulen die Planungen für eine Schulstraße als zeitlich beschränkten Verkehrsversuch weiterzuführen.“, abzuändern und bittet dahingehend um Zustimmung. Wenn man mit dem Bezirksausschuss und den Anwohnern nochmal ins Gespräch gegangen sei, werde das Thema wieder im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit behandelt.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt, **mit der Maßgabe, dass die Ziffer 2 in den Satz „Die Verwaltung wird beauftragt, an zwei Grundschulen die Planungen für eine Schulstraße als zeitlich beschränkten Verkehrsversuch weiterzuführen.“ geändert wird.**